

Mittelsächsische LinksWorte

25. JANUAR 2022

Nr. 179

17. JAHRGANG



Auf dem riesigen Areal der „Alten Baumwolle“, der ehemaligen Baumwollspinnerei, in der 1989 etwa 1.200 Menschen beschäftigt waren, entsteht in der Großen Kreisstadt Flöha ein komplett neues Stadtzentrum. In dieser Art einmalig in Deutschland! Historisch entstanden aus dem Zusammenwachsen von vier unbedeutenden Bauerndörfern, gab es in Flöha zu keiner Zeit eine richtige Mitte, ganz zu schweigen von einem historisch gewachsenem Marktplatz. Jetzt aber entsteht er auf dem Areal, auf das wir blicken. Auch das Rathaus zieht in in diesem Jahr hierher um. Im Oktober konnte Oberbürgermeister Volker Holuscha aus den Händen der Bundesbauministerin Klara Geywitz einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 1,1 Mio Euro entgegennehmen.

Diese Summe finanziert einen Großteil der Umsetzung des neuen Marktplatzes in der neuen Mitte von Flöha.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BERICHTET:

VOM START DER LINKEN IM BUND, IM
LAND UND IM KREIS IN DAS JAHR 2023

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION IM KREISTAG ZUR
SITZUNG IM DEZEMBER 2022

3. IM GESPRÄCH:

MIT DEM OBERBÜRGERMEISTER DER GRO-
SSEN KREISSTADT FLÖHA

- 2 editorial & standpunkt
- 3 debatte & aktuell informiert
- 4/5 **titelthema 1: start der linken in das jahr 2023**
- 6 **titelthema 2: die linksfraktion im kreistag zum dezember-kreistag 2022**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7-** „linksworte“ vom Januar 2009
- 8 **titelthema 3: gespräch mit dem oberbürgermeister von flöha**
- 9 aktuell informiert: reaktivierung von eisenbahnstrecken in mittelsachsen
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:** beitrags -81-: „holodomor“ in der ukraine – ein genozid?
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & querebeete & trauer

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 22. Februar 2023. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 15. Februar. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

vor uns liegt wahrscheinlich wieder ein unsicheres und von vielen sozialen Härten vor allem für die von der Wirtschaftskrise Betroffenen geprägtes Jahr. Ein Ende des Krieges in der Ukraine ist nicht in Sicht und eine von der LINKEN proklamierte „Wirtschaftswende raus aus der Krise“ wird mit der Ampel nicht zu machen sein. Über viele Jahre war der politische Jahresauftakt der LINKEN ein emotionaler Höhepunkt, stets begangen am Tag des Gedenkens an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde. In diesem Jahr fanden bereits vor der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung eine zweitägige Klausur der Bundestagsfraktion und der politische Jahresauftakt des Parteivorstandes statt. Wir gehen im nebenstehenden Standpunkt und im Titelthema -1- darauf ein und benennen die Schwerpunkte des Jahres 2023 im sächsischen Landesverband und im mittelsächsischen Kreisverband. Dabei wird deutlich, dass bereits in diesem Jahr die Vorbereitung auf das „Superwahljahr“ 2024 mehr und mehr in den Mittelpunkt rückt. Denn dann finden Europa-, Kommunal- und Landtagswahlen statt.

Für die Kreistagsfraktion der LINKEN ist weit mehr als die Hälfte des Weges zwischen Frühjahr 2019 und Frühjahr 2024 zurückgelegt. Seit einigen Monaten unter Führung eines neuen Landrates, der mit Unterstützung der LINKEN in Amt und Würden kam. In unserer heutigen Ausgabe geht der Fraktionsvorsitzende, unser Redaktionsmitglied Gottfried Jubelt, im Titelthema -2- auf einige Aspekte der Sitzung des Kreistages vom Dezember des vergangenen Jahres ein.

Im Titelthema -3- sprechen wir mit dem - leider nur noch einzigen - Oberbürgermeister Sachsens mit dem Parteibuch der LINKEN, Volker Holuscha. Seit mehr als sieben Jahren begleitet er das anspruchsvolle Amt in der Großen Kreisstadt Flöha. Die entstehende „neue Mitte“ von Flöha auf dem riesigen Areal der „Alten Baumwolle“ ist in ihrer Art einmalig in Deutschland. Erneut widmen wir uns den vor allem für die Städte Döbeln und Roßwein interessanten Entwicklungen bei der Reaktivierung der Eisenbahnstrecke Döbeln-Nossen-Meißen. Dazu hat unsere Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta bereits zwei Kleine Anfragen bei der Staatsregierung gestellt. In unserer Serie „Was geschah vor 14 Jahren im neuen mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN?“ geht es heute um den Januar 2009. Es war der Beginn eines „Superwahljahres“, wie es uns im kommenden Jahr wieder bevorsteht. In unserer Serie zur politischen Bildung und Information widmet sich Achim Grunke dem Thema „Holodomor“ in der Ukraine – ein Genozid?“

Unsere Leserinnen und Lesern wünschen wir eine anregende und interessante Lektüre.

folgt dem miserablen jahr 2022 für die linke ein besseres jahr?

Von HANS WEISKE

Am 2. Dezember war ich zur Kundgebung mit Gregor Gysi in Chemnitz, die unter dem Motto „Genug ist genug“ stand. Vielleicht lag es am miesen Wetter, dass die Resonanz auf die Veranstaltung mit mehreren Rednern unter der Chemnitzer Bevölkerung - gelinde gesagt - bescheiden war. Unser ehemaliger Parteivorsitzender hielt eine kämpferische Rede, in der er keines der aktuell bewegenden Themen aussparte. Vor allem aber schoss der gegen die Regierung, die Inflation, den Krieg und die Pandemie. „Unsere Regierung, um es vorsichtig zu formulieren, ist schlicht und einfach überfordert“ betonte er. Zum Schluss ging Gregor auch auf die schlechten Wahlergebnisse und den Dauer-Zoff in unserer Partei ein. Derzeit führe er Gespräche mit Sahra Wagenknecht über die Zukunft. Diese stellte er unter das Ziel, die Debatten über eine drohende Spaltung der Partei endlich zu beenden und wieder neue Kraft zu schöpfen. Er bezeichnete es als eine historische Aufgabe, DIE LINKE wieder zu stärken und dabei die Interessen der Wähler zu verfolgen. All dem kann man nur zustimmen. Wenige Tage nach der Rede von Gregor Gysi trafen sich u.a. die Spitzen des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion, die Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen zu einem „internen Krisentreffen“ in Leipzig und verabschiedeten die Leipziger Erklärung, die von allen Teilnehmern des Treffens unterzeichnet wurde. Ich verstehe die Leipziger Erklärung vor allem als den Versuch, die unterschiedlichen Strömungen in der Partei zu „kanalisieren“, ohne der LINKEN ihr Bekenntnis zur Vielfalt „auszutreiben“. In der Erklärung heißt es: „Wir sind eine plurale Partei - und bleiben es.“ Ich finde es richtig, dass die Erklärung auch auf Spekulationen eingeht, Sahra Wagenknecht könnte eine eigene Partei gründen und damit zunächst 2024 zur Europawahl antreten. Im Papier von Leipzig heißt es dazu: „Wir sind dagegen bereit für unsere Partei zu kämpfen, das historische Projekt einer geeinten, pluralen, sozialistischen Partei zu verteidigen und weiterzuentwickeln.“

Noch kurz vor der Jahreswende hat Michael Brie, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung in einem Beitrag für das „neue deutschland“ wieder etwas Öl ins Feuer gegossen. Er spricht vielen LINKEN bis in Führungspositionen die Fähigkeit zu einer marxistischen, imperialismuskritischen Analyse ab. (Siehe dazu die nebenstehenden Auszüge) Inzwischen sind wir im Jahr 2023 angekommen. Nichts mehr ist es mit dem gemeinsamen schwungvollen politischen Jahresauftakt von Partei und Fraktion u.a. mit Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Alexis Tsipras, Heinz-Rudolf Kunze und Ottfried Fischer, an dem ich viele Jahre nach der Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg teilgenommen habe. Die Linksfraktion hat sich in der Woche vor dem Stillen Gedenken in Berlin-Friedrichsfelde zu einer zweitägigen Klausur getroffen, der Parteivorstand zu einer erweiterten Vorstandssitzung mit internationaler Beteiligung, die den Namen „Politischer Jahresauftakt“ übergehängt bekam. Die Klausur bekam zumindest etwas journalistische Beachtung, der Politische Jahresauftakt fast keine. Zu den Inhalten - keine Kommentare. Es ging nur um das „miserable Jahr 2022“ und die angeblich im Raum stehende Spaltung der Partei. Aus dieser misslichen Lage müssen wir in diesem Jahr herauskommen.

im „neuen deutschland“ gelesen

Am 28. Dezember veröffentlichte das „neue deutschland“ den Text eines Vortrages, den Michael Brie, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitte Dezember beim Ratschlag »Wie marxistisch begründete sozialistische Politik entwickeln?« in Frankfurt am Main hielt. Wir bringen im folgenden Auszüge daraus:

„Liest man die jüngste Leipziger Erklärung von Vorstands- und Fraktionsvorsitzenden der Bundes- und Landesebene der Linken, so ist man versucht, allem irgendwie zuzustimmen. Dieser Versuchung sollte man aber widerstehen. Das Problem der Partei Die Linke ist nicht, dass sie nicht viele richtige Positionen vertritt, sondern in einigen Fragen falsche oder völlig unklare Positionen....“

Der erste Sturm kam 2015. Damals erfolgte der erste Bruch mit vielen Lohnabhängigen, auch mit Gewerkschaftlern. Er kam, weil die Partei Die Linke im Herbst der Migration 2015 den Eindruck erweckte, als seien offene Grenzen die Lösung. Während sich in der unteren Mitte die Furcht vor starker Konkurrenz, vor Umverteilung auf ihre Kosten, auch vor Gewalt breit machte, Schutz gefordert wurde, fehlte vielen Linken marxistische Analyse: Herrschaft des Kapitals basiert auf der Konkurrenz der Lohnarbeiter. Divide et impera! Diese Konkurrenz und Spaltung, die damit verbundenen Sorgen können nicht weggeredet werden. Es bleibt nur der Kampf um ihre solidarische Regulierung. Migration ist nicht per se gut und klasse. Menschenechtspolitik ist nicht abstrakt, sondern verlangt die Austragung der Widersprüche, die die herrschenden Verhältnisse schaffen. Die Position der Linken war vom Standpunkt derer, die in der Konkurrenz auf Arbeits- und Wohnungsmärkten und um Sozialleistungen stehen, nicht ernst zu nehmen. Es fehlte schlicht der Respekt. Solidarität mit denen, die vor Krieg und Elend eine neue Heimat suchen, und mit denen, die hier schon beheimatet sind, gehört zusammen.

Der zweite Bruch kam mit der Pandemie. Wir wissen heute, dass die Schließung der Kindergärten und Schulen völlig falsch war. Das traf wieder vor allem die Schwächeren der Gesellschaft. Wir wissen auch um berechnete Ängste bei Impfungen. Es gelang der Partei Die Linke nicht, beides zugleich zu leisten: die Ängste und Widersprüche ernst zu nehmen und eine deutliche Stimme des Ausbaus eines solidarischen Gesundheitswesens zu sein. Es fehlte an populärer Klassenpolitik. Wieder war die Linke keine ernstzunehmende Alternative.

Der dritte aktuelle Bruch kam mit dem Krieg in der Ukraine Anfang 2022. Wieder war Profillosigkeit Zeichen der Linken. Der Beschluss des Parteitags vom Sommer 2022, dem sich jede und jeder beugen soll, ist falsch. Ihm fehlt marxistische, imperialismuskritische Analyse. In diesem Krieg treffen zwei Imperien, ein starkes und ein sich bedroht sehendes, sehr schwaches, aufeinander. Auch die Leipziger Erklärung geht nicht auf die Vorgeschichte des Krieges ein. Diese Vorgeschichte beginnt nämlich dort, wo durch die Ausdehnung der Nato für Russland die rote Linie des Schutzes der eigenen Sicherheitsinteressen überschritten wurde. Der von Russland begonnene Krieg ist die schreckliche Folge. Es war vor allem die Politik der USA, die die Bedingungen für diesen Krieg geschaffen hat, so wie sie auch einen Krieg um Taiwan immer wahrscheinlicher macht. USA und Nato wollen Frieden durch ihre eigene Vormacht schaffen.“

aktuelles aus dem team tändler-walenta

ein vormittag im kinderhaus „ankerplatz“

von KATI VOIGT

Zethau. Eigentlich sollte Marika Tändler-Walenta schon im großen Hausmorgenkreis gemeinsam mit den Kindern in der Runde sitzen, steckte jedoch noch im Schnee fest. Die Kinder freuten sich



dennoch über den Besuch. Marika Tändler-Walenta war der Einladung des Christlichen Kinderhauses „Ankerplatz“ in Zethau gefolgt, mal einen Vormittag aus einer anderen Perspektive zu erleben. Als sie ankam, spielten die Mädchen und Jungen schon ausgelassen im frisch gefallenem Schnee, so dass erst mal Zeit war für eine kleine Runde durchs Haus. Kita-Leiterin Andrea Schmieder berichtete von der besonderen Herausforderung einer kleinen Kita auf dem Land, aber auch dem besonderen Gemeinschaftsgeist im Dorf. Sie erläuterte das halboffene Konzept der barrierefreien Kita und an welchen Punkten sie mit dem Personalschlüssel an

Grenzen stößt. Auf die Frage, welche drei Wünsche sie der Politik mitgeben würde, nannte sie: 1. mehr Unterstützung des Landes für die Kommunen, z.B. in Form einer angemessenen Kita-Pauschale, 2. mehr Unterstützung für die Eltern, z.B. beim Kita-Entgelt, 3. einen besseren Personalschlüssel in den



sächsischen Kitas. Beim Mittagessen hatte Marika Tändler-Walenta dann auch Gelegenheit, mit den Kindern und Erzieherinnen ins Gespräch zu kommen. Ihr Teller war als allerletztes leer, so viele Fragen hatte sie an ihre kleinen und großen Tischnachbarn... „Wir freuen uns sehr über den Besuch, der uns zeigt, dass die Politik Interesse am ganz konkreten Alltag in der Kita hat“, sagte Andrea Schmieder. Marika Tändler-Walenta verabschiedete sich mit dem Versprechen, im Sommer wiederzukommen und bis dahin die Erkenntnisse und Wünsche, die sich aus dem Vormittag ergeben haben, mit in die politische Diskussion einzubringen.

von MARIKA TÄNDLER-WALENTA

Kurz vor Weihnachten war ich beim **SV Aufbau Waldheim e.V.** zu Gast. Als ich im Sommer Plakate entsorgen war, kam ich mit einer Person aus dem Verein ins Gespräch und erfuhr, dass für den Spielbetrieb dringend ein Tablet benötigt wird.



Daraufhin besuchte ich in meiner Rolle als Sportpolitische Sprecherin unserer Landtagsfraktion den SV Aufbau Waldheim. Mit dem Vereinsvorsitzenden, dem Schatzmeister und weiteren Engagierten führte ich ein sehr gutes, lockeres Gespräch in empathischer Atmosphäre. Ich konnte viel über die Arbeit des Vereins, dessen Mitglieder und auch die anstehenden Herausforderungen erfahren. Über das Tablet freuten sich die Vereinsmitglieder sehr. Dieses wird zukünftig für den Spielbetrieb im Stadion Massanei genutzt.

von KATI VOIGT

Unsere alljährliche **Weihnachtsaktion** stand unter dem Motto „Frieden ist das größte Geschenk“. Dafür verschickten wir Weihnachtskarten an Feuerwehren und Sportvereine, Organisationen und Menschen, die auch in Krisensituationen ihre



Zeit und ihren Tatendrang nutzen, um wichtige Lebensgrundlagen und Lebensumstände zu erhalten und zu sichern. Unser Dank und unsere guten Wünsche gelten aber auch der gesamten Bevölkerung. Wir verteilten in Döbeln, Freiberg und Mittweida Weihnachtskarten und Schokolade, kamen mit Menschen ins Gespräch und versuchten, ihnen mit offenem Ohr und freundlichen Wünschen zu zeigen, dass sie nicht allein sind. Denn das Ziel einer friedlichen Gesellschaft ist es, das uns besonders zu Weihnachten im Geiste und im Herzen vereint.

Das vergangene Jahr endete aus Sicht der LINKEN mit der „Leipziger Erklärung“ vom 10. Dezember versöhnlich. Insgesamt 53 Vertreter des Parteivorstandes, des Bundesausschusses, sowie Landes- und Fraktionsvorsitzende aller Landesverbände sowie der Bundestagsfraktion haben das Dokument zur Zukunft der Partei DIE LINKE unterzeichnet.

Das Jahr 2023 startete mit einer zweitägigen Klausur der Bundestagsfraktion am 12. und 13. Januar sowie dem politischen Jahresauftakt des Parteivorstandes am 14. Januar, in dessen Rahmen auch eine Beratung des Gremiums stattfand.

Der Landesverband Sachsen beginnt das neue Jahr mit Beratungen des Landesrates am 21. Januar und des Landesvorstandes am 27. Januar in das neue Jahr.

Im Kreisverband Mittelsachsen fand am 11. Januar die erste Vorstandssitzung des Jahres statt. Erster politischer Höhepunkt im neuen Jahr ist ein Kreisparteitag am 11. Februar.

zur leipziger erklärung

Zum Ergebnis der Leipziger Beratung sagte **JANINE WISSLER**, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

„In Leipzig haben wir geschlossen gezeigt, dass wir bereit sind, um unsere Partei zu kämpfen und das historische Projekt einer pluralen sozialistischen Partei zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Gemeinsam stehen wir für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit, die für Frieden und Klimaschutz kämpft und klare Kante gegen rechts zeigt. Angesichts der vielfachen Krisen ist das dringend nötig. Wir laden alle ein, mit uns gemeinsam für eine bessere Welt aktiv zu werden.“

MARTIN SCHIRDEWAN, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, sagte:

„Eine Partei, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Vernunft und eine konsequente Friedenspolitik zusammen bringt, ist bitter nötig. DIE LINKE ist diese Partei, das haben wir heute unmissverständlich klar gemacht. Unser Alleinstellungsmerkmal ist, dass wir überall die ungerechte Verteilung von Macht und Reichtum angehen und die Eigentumsfrage stellen. Das ist auch bitter nötig für die Demokratie. Bei der Sicherung unserer Lebensgrundlagen können wir uns nicht auf den Markt verlassen. Die Märkte interessieren sich nicht für die Lebensbedingungen auf diesem Planeten, für Gerechtigkeit oder die Bedürfnisse der Mehrheit, die Märkte kennen nur Profit. Wir als LINKE sagen daher, es ist Zeit für ein grundlegendes Umsteuern.“

Wir dokumentieren im folgenden die Passage zum Krieg in der Ukraine

„Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat zu unermesslichem Leid, Tod und Zerstörung geführt. DIE LINKE hat den Krieg von Anfang an verurteilt und den sofortigen Rückzug der russischen Truppen gefordert. Wir bekennen uns zum Selbstverteidigungsrecht der Ukraine und fordern die volle Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität. Gleichzeitig verkennen wir nicht, dass die Ukraine zum Schlachtfeld einer geopolitischen Auseinandersetzung geworden ist, unter der Millionen Menschen leiden und von der vor allem die Rüstungs- und Rohstoffkonzerne profitieren. Statt eines langen Abnutzungskrieges mit verheerenden Folgen, immer mehr Waffen und der Gefahr einer weiteren gefährlichen Eskalation machen wir Alternativen zur militärischen Logik stark. Der Westen darf auf den Rückgang der globalen Dominanz der westlichen Führungsmacht USA nicht mit der Wiederbelebung von militärischer und ökonomischer Blockkonfrontation reagieren. Es braucht internationale Initiativen für Abrüstung und Entspannungspolitik, gerechte Weltwirtschaftsstrukturen und zivile Konfliktlösungen.“



Janine Wissler und Martin Schirdewan

Nach der Ampel

Mit einer Wirtschaftswende raus aus den Krisen

links

Zum politischen Jahresauftakt des Parteivorstandes am 14. Januar wurde ein umfassendes Papier verabschiedet, welches vor allem die Notwendigkeit einer Wirtschaftswende begründet. Wir zitieren die Kernaussage:

DIE LINKE steht für eine Entscheidung, die den Unterschied machen kann. Für eine Entscheidung, die raus aus dieser Zeit der Krisen und Unsicherheiten führt, in eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Wir sagen: Der Weg raus aus Klimakrise, internationaler Eskalation und sozialer Ungleichheit, beginnt mit einer grundlegend anderen Wirtschaftspolitik. Kosmetische Korrekturen reichen nicht mehr. Unsere Gesellschaft braucht eine Wirtschaftswende, ein neues wirtschaftliches Fundament. Es besteht aus drei Elementen:

- Reichtum sozial gerecht umverteilen,
- Mit dem größten Investitionsprogramm in der Geschichte der Republik Industrie, Energie und Verkehr klimagerecht umbauen
- Investitionsentscheidungen durch Vergesellschaftung und Stärkung des öffentlichen Eigentums demokratisieren.

Diese Wirtschaftswende hat mächtige Gegner, aber sie verbindet die Interessen gesellschaftlicher Mehrheiten. Sie kann Klimagerechtigkeit und Beschäftigungssicherung, Wohlstand und Demokratie sichern. Sie ist Voraussetzung für den Aufbruch in eine Zukunft, die verbindet, statt zu spalten.

schwerpunkte 2023 im landes- und kreisverband

■ Der vom Landesparteitag beschlossene Parteikonvent findet am 29. April in Leipzig statt. Dessen wesentliches Ziel soll der breite und gemeinsame Austausch zur Rolle und Zukunft der Partei DIE LINKE. Sachsen sein. Notwendig sei - so der Beschluss - eine Schärfung unseres Profils, die konstruktive Debatte - auch zu kontroversen Positionen und die Frage nach den Aufgaben einer sächsischen LINKEN 2024.

■ Im Zeitraum August bis Oktober findet der ebenfalls vom Landesparteitag beschlossene Mitgliederentscheid zur Nominierung der Spitzenkandidat*innen zur Landtagswahl 2024 statt. Sollte die Zahl der Kandidierenden die Zahl der zu Wählenden nicht übersteigen, wird kein Mitgliederentscheid durchgeführt.

■ Die 1. Tagung des 17. Landesparteitages findet vom 3. bis zum 5. November statt. Auf ihr wird ein neuer Landesvorstand gewählt.

■ Am 11. Februar findet ein Kreisparteitag der mittelsächsischen LINKEN statt. Auf dem Kreisparteitag werden die Delegierten für die Bundesvertreter*innen-Versammlung zur Aufstellung der Europaliste und den Landesparteitag sowie unsere Vertreter*innen für den Landesrat gewählt.

■ 2024 ist wieder ein sogenanntes Superwahljahr mit den Kommunal- und Europawahlen im Frühjahr und den Landtagswahlen im Herbst. Aus diesem Grund fanden im Sommer 2022 drei Regionalkonferenzen statt. Eine Wiederholung dieser Konferenzen ist für den Herbst vorgesehen.

FÜNF VORSCHLÄGE FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND FRIEDEN

Papier des Vorstandes der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag vor der Jahresauftaktklausur der Fraktion am 12. und 13. Januar 2023

Deutschland steht vor einem weiteren Krisenjahr. Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie Betriebe, sind mit nie da gewesenen Kosten und Unsicherheiten konfrontiert. Dieser Winter ist der sozial kälteste seit Jahrzehnten. Nach nur einem Jahr ist die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung gewaltig. Insbesondere in Ostdeutschland sind die Werte auf einem Tiefpunkt. Am Anschlag ist dagegen die Selbstzufriedenheit der Bundesregierung. Die Ampel ist „Team abgehoben“. Rekorddividenden bei den Konzernen und Rekordschlangen an den Tafeln: So lautet die Zwischenbilanz nach einem Jahr Ampel. In dieser Krise ist es die Verantwortung der Linken, die Selbstbeschäftigung dauerhaft einzustellen. Wir müssen als gesamte Partei die notwendigen Lehren aus unseren Niederlagen ziehen. Die Oberbürgermeisterwahl in Rostock war ein herausragendes Signal dafür, was möglich ist.

Wir werden gemeinsam den Weg für das politische Comeback der LINKEN weitergehen. Dafür machen wir den Wählerinnen und Wählern ein konkretes Gegenangebot zu Kostenexplosion, Aufrüstung und Abgehobenheit. Sozial. Klar. Zuverlässig.

1. 2023 muss das Jahr der Diplomatie und des Friedens werden

Seit über 300 Tagen tobt der völkerrechtswidrige Krieg Putins in der Ukraine. Das Leid der Menschen vor Ort ist unvorstellbar. 2023 müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, diesen Kriegswahnsinn zu stoppen. Die Bundesregierung muss aufhören, mit Waffenlieferungen weiter Öl ins Feuer zu gießen. Wir erwarten von Scholz und Baerbock, eine europäische Friedensinitiative vorzulegen, die die Kriegsparteien an den Verhandlungstisch holt. Deutschland darf nicht zur militärischen Führungsmacht, sondern sollte zur europäischen Friedensmacht werden. Das ist die Zeitenwende, die wir wollen.

2. Die Preise für Energie und Lebensmittel müssen runter!

Die Energiekosten sind Inflationstreiber Nummer 1. Sie müssen deutlich sinken. Die „Bremsen“ der Ampel verdoppeln die Preise, sind sozial ungerecht. Die meisten Hilfen erhalten diejenigen, die keine benötigen. Wir streiten für ein günstiges Grundkontingent für Strom und Energie - pro Person, pro Haushalt. Einfach, sozial gerecht und dauerhaft. Die geltenden Preisbremsen müssen auf Vorkriegsniveau angezogen werden. Die Großhandelspreise für Energie befinden sich bereits dort. Das muss sowohl bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, wie den Unternehmen ankommen. Eine Karenzzeit zum Abkassieren darf es nicht geben. Um die Menschen vor den Folgekosten des letzten Jahres zu schützen, fordern wir die Bundesregierung auf, einen „Nebenkostenfonds“ aufzulegen. Nachzahlungen, die über dem Schnitt der Vorjahre liegen, sollten bei denjenigen mit kleinen und durchschnittlichen Einkommen vollständig übernommen werden. Wir wollen eine Vollbremsung bei den Lebensmittelpreisen und dafür die Mehrwertsteuer bis mindestens Jahresende aussetzen.

3. Lohnerhöhungen, Rentenreform und ein Schutzschirm gegen Armut

Angesichts brutaler Reallohnverluste sollte 2023 das Jahr der Lohnerhöhungen werden. Dafür muss insbesondere die Tarifbindung gestärkt werden. Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften, die jetzt für deutlich höhere Löhne kämpfen. Rentnerinnen und Rentner haben deutlich an Kaufkraft verloren. Wir fordern eine große Rentenreform. Über zehn Millionen Vollzeitbeschäftigte verdienen aktuell so wenig, dass ihnen nach 40 Arbeitsjahren eine Nettorente von unter 1200 Euro droht.

Wir brauchen eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent und ein Rentensystem, dass sich an dem österreichischen orientiert, wo die durchschnittliche Rente rund 800 Euro höher liegt. Das Bürgergeld der Ampel ist Hartz V und bleibt Armut per Gesetz. Angesichts der galoppierenden Inflation brauchen wir einen Schutzschirm gegen Armut mit einer armutsfesten Mindestsicherung. Eine Kindergrundsicherung, die wirklich Schluss macht mit Kinderarmut, muss noch dieses Jahr im Bundestag beschlossen werden. Wir akzeptieren nicht, dass die Kinder und Jugendlichen, die während der Corona-Pandemie besonders gelitten haben, weiterhin im Stich gelassen werden. Wir brauchen mehr für Bildung und Förderung. Von der Kita bis zur Uni.

4. 100 Milliarden Euro für die Energieversorgung statt für die Rüstungsindustrie

In Deutschland ist Strom fünfmal und Gas siebenmal so teuer wie in den USA. Deutschland hat sein Klimaziel auch im vergangenen Jahr verfehlt. Wir wollen die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr für Investitionen in erneuerbare Energien und sinkende Preise umwidmen. Bürger und Unternehmen würden in kürzester Zeit entlastet und das Land könnte seine Klimaziele einhalten. Aus einem Standortnachteil würde ein strategischer Vorteil für Mittelstand und Industrie.

Olaf Scholz sagte vor zehn Monaten, es werde keine Sanktionen geben, die Deutschland mehr schaden als Russland. Er hat die Unwahrheit gesagt. Im Energiebereich ist es Deutschland, das unter den Sanktionen leidet. Ganze ostdeutsche Industrieregionen trifft das Ölembargo mit voller Wucht. Die Raffinerien Schwedt und Leuna kämpfen ums Überleben und Bürgerinnen und Bürger werden diese Politik vor allem an den Zapfsäulen in Ostdeutschland bezahlen müssen. SPD, Grüne und FDP sollten ihre ideologischen Scheuklappen ablegen: Deutschland braucht aktuell noch preiswertes Öl und Gas, damit wir Industrieland bleiben und so Arbeitsplätze sichern.

5. Vorschläge der Wirtschaftsweisen umsetzen und Superreiche höher besteuern!

Wir wollen ein leistungsgerechtes Steuersystem auf den Weg bringen. Spitzenverdiener und alle, die milliardenschwere Vermögen erben, erfahren von der Ampel steuerpolitisches Wellness, während alle anderen den Laden am Laufen halten und die Infrastruktur - von der Kinderklinik bis zum Bolzplatz - verfällt. Damit muss Schluss sein! Wie die Wirtschaftsweisen wollen wir höhere Steuern für Spitzenverdiener und die Superreichen sowie Entlastungen bis zur Mittelschicht. Mehr Brutto und mehr Netto vom Brutto - das ist das Gebot der Stunde.

Mit einer Übergewinnsteuer, die rückwirkend gilt, könnten im Gegenzug über 100 Milliarden Euro von den Energiekonzernen, die die Verbraucher 2022 bei Strom, Gas und Sprit abkassiert haben, abgeholt werden.

Auch für konsequenten Klimaschutz müssen endlich die Superreichen zur Kasse gebeten werden. Klimaschutz geht nur sozial und nicht, wie jetzt, vor allem auf Kosten der Beschäftigten und zulasten eines bezahlbaren Lebens für alle.

DIE LINKE im Bundestag - DIE soziale Opposition!

Wir sind die Stimme im Bundestag für soziale Sicherheit und Frieden. Und links wirkt. 2022 haben wir über 500 kleine Anfragen gestellt, fast doppelt so viele wie die Unionsfraktion. Wir haben aufgedeckt, dass fast drei Millionen Kinder in Armut leben, mehr als jeder fünfte Beschäftigte für Niedriglohn arbeitet, die Zahl der Sozialwohnungen immer weiter abnimmt. Dieses Wissen und den Druck für Veränderungen gäbe es ohne uns nicht.

Wir werden 2023 eine Schippe drauflegen. Es braucht eine starke LINKE, eine Partei, die die Politik der Regierung angreift und Millionen Menschen Hoffnung gibt auf eine andere Politik, die ihre Interessen in den Mittelpunkt stellt.

Im Frühjahr 2023 wird in Berlin und Bremen gewählt, in beiden Ländern arbeiten wir erfolgreich in Regierungen. In Bremen ist durch die linke Gesundheitsministerin das erste städtische Hebammenzentrum entstanden, in Berlin werden öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben, die nach Tarif bezahlen. An diesen und an unseren weiteren Erfolgen werden wir anknüpfen.

2023 - zurück auf die Erfolgsspur!

Deine Spende unterstützt
DIE starke Stimme
für eine gerechte,
friedliche und
nachhaltige Politik.
DIE LINKE.

Am 14. Dezember fand der letzte Kreistag des Jahres 2022 in Hartha statt. Allein aus der Tatsache heraus, dass die Tagesordnung 30 Punkte umfasste, musste man sich auf eine längere Sitzung gefasst machen. So kam es dann auch.

Bereits die **Bürgerfragestunde** nahm geraume Zeit in Anspruch. Dabei stand u.a. wieder einmal die Nutzung von Windkraft im Bereich Oederan im Mittelpunkt. Da es im Gespräch zu keiner zufriedenstellenden Klärung kam, wurde der Bürger in das Landratsamt eingeladen. Zu Problemen einer Abfallentsorgungsanlage in Hartmannsdorf wurde analog verfahren.

Die **Informationen des Landrates** waren so umfangreich wie erwartet. Ich werde mich auf das wichtigste konzentrieren. Vom Chef der Finanzen, Dr. Trumpp, wurde zur **Haushaltssatzung 2023/24** informiert, dass in allen Landkreisen des Freistaates ein strukturelles Finanzierungsdefizit besteht, für das sich aktuell keine tragfähige Lösung abzeichnet. Der vorliegende Entwurf wurde zur weiteren Beratung in die Fraktionen und Ausschüsse verwiesen. Unsere Fraktion hat dazu am 19. Januar eine Sondersitzung einberufen, auf der Dr. Trumpp weitergehende Erläuterungen geben wird.

Die Gebührensatzungen für Sportstätten des Kreises wurden bereits aktualisiert und dabei die Gebühren angehoben. Wichtig für uns war die **Neufassung der Richtlinie zur Förderung des Sports im Landkreis**. Zur Vorbereitung der Neufassung gab es eine Arbeitsgruppe, in der alle Fraktionen vertreten waren. Ich habe unsere Fraktion vertreten. Grundsätzlich ist die neue Richtlinie positiv einzuschätzen. Ein Problem gibt es aber, auf das ich in jeder Beratung der Arbeitsgruppe hingewiesen habe. Gut ist es, dass es für die Teilnahme von Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres einen Zuschuss geben wird. Nicht gut ist es, dass es für Vereine bis 100 Mitglieder pro Kind bis 18 Jahre 220 Euro gibt, für Vereine zwischen 101 und 300 Mitgliedern pro Kind 600 Euro und für Vereine mit über 300 Mitgliedern pro Kind 1.000 Euro Zuschuss ausgereicht werden soll. Unsere Fraktion vertritt den Standpunkt, dass die überwiegend im ländlichen Raum arbeitenden kleineren Vereine damit unzulässig benachteiligt werden! Um uns darüber auszusprechen, haben wir extra der Geschäftsführer des Kreissportbundes, Herrn Kahlert, in unsere vorbereitende Fraktionssitzung eingeladen. Wir haben ihm unsere Bedenken erläutert, konnten aber an der Vorlage nichts mehr ändern. Unverständlich war, dass die abschließende Sitzung der Arbeitsgruppe bereits am 19. September

stattgefunden hat, die Verwaltung es aber unterlassen hat, die Vorlage im Verwaltungs- und Finanzausschuss vorzubereiten. Das haben wir, aber auch die CDU scharf kritisiert. Auf Vorschlag der CDU und unserer Fraktion wurde beschlossen, die neue Richtlinie nach spätestens zwei Jahren zu überprüfen und notfalls zu überarbeiten.

Jetzt stand unser Antrag „Keine Erhöhung der Wasserentnahmeabgabe bei der Trinkwasserversorgung – weitere Wassernutzungen von der Abgabe freistellen“ zur Diskussion. Der Kreistag sollte beschließen, den Landrat zu beauftragen, sich an die Staatsregierung und auch an die Mitglieder des Landtages zu wenden, um die geplanten Änderungen zu verhindern.

Jana Pinka hat für unsere Fraktion den Antrag sehr sachlich vorgestellt und erläutert. Mit einer Gegenstimme und neun Enthaltungen wurde dem Antrag mit großer Mehrheit zugestimmt. In diesem Fall kann es uns nicht stören, dass die AfD auch zugestimmt hat.

Mit dem folgenden Antrag der CDU/RBV – Fraktion wurde der Landrat beauftragt, sich gegenüber dem Ministerpräsidenten des Freistaates, dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und dem Staatsministerium für Kultus mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass auch über das Schuljahr 2022/23 hinaus im Berufsschulzentrum „Julius Weisbach“ in Freiberg die Lehrausbildung in der Grundstufe Bau angeboten und durchgeführt wird.

Bereits der Kreistag im März 2021 hatte den Teilschulnetzplan des Freistaates mit der dort geplanten Verlagerung der Ausbildung nach Oelsnitz abgelehnt! Nach Beratungen mit der Ministerialbürokratie hat das Sächsische Kultusministerium das vom Kreistag endgültig versagte Einvernehmen einfach ersetzt und damit den Plan für die Berufsschulen zum 1. August 21 in Kraft gesetzt. Bis auf zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen wurde dem Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit zugestimmt.

Unter „Anfragen der Kreisräte“ habe ich die Frage gestellt, welche Summe der Landkreis zum Ausgleich von Schäden aufgrund der Corona – Pandemie sowie der Einführung des „9 Euro – Tickets“ beim Freistaat beantragt hat. In Summe wurden für die Jahre 2020 bis 2022 über 4 Mio. Euro beantragt. Das muss man bei der Diskussion über steigende Zuschüsse des Kreises für den ÖPNV berücksichtigen!

Herz statt Hetze - Kundgebung am 20. Januar um 18:00 Uhr in Kriebethal



In den nächsten Tagen werden 12 unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren in Kriebethal erwartet. Bereits vorab wurde vonseiten der AfD und Freie Sachsen gegen die Unterbringung der Jugendlichen gehetzt. Die Bürgermeisterin gab bundesweit mindestens unglückliche Interviews. Die jüngsten Meldungen über eine Drohung, in der angekündigt wird, die geplante Unterkunft „abzufackeln“, lösen bei uns und vielen Menschen in der Region Besorgnis aus.

Dem wollen wir etwas entgegensetzen! Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die aus ihrem Land fliehen müssen und sehen es als humanitäre Pflicht, Menschen in Not zu helfen.

Daher rufen wir zur Kundgebung unter dem Motto: „Herz statt Hetze“ am Freitag, dem 20.01.2023 um 18 Uhr in Kriebethal (Goethestrasse - Höhe Altenpflegeheim) auf. Mit einer symbolischen Menschenkette mit Kerzen wollen wir gemeinsam ein Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt setzen.

Wir möchten Egoismus und Verachtung etwas entgegensetzen, denn Humanität und Empathie sind stärker als Hass und Hetze. Für ein respektvolles und menschliches Miteinander, auch in Kriebethal!



von **ATTILA GRAFE**

Das Soziale Bündnis Mittelsachsen ist aus der Idee entstanden, die derzeitige politische Situation auf einer demokratischen Grundlage zu kritisieren, ohne dabei rechtsextreme Feindbilder zu produzieren. Wir sehen uns als ein parteiunabhängiges Bündnis, welches verschiedene soziale Gruppen erreichen und vertreten will. Wir haben uns zur Gründung in Mittweida, Döbeln sowie in Freiberg getroffen und haben am 05.01.2023 die erste Kundgebung in Freiberg abgehalten. Trotz des schlechten Wetters nahmen ca. 40 Personen an der Veranstaltung teil, Redebeiträge gab es vom Jugendparlament in Mittweida, dem Kreisschülerrat in Mittelsachsen, dem Landesjugendwerk der AWO Sachsen, sowie einem Studenten aus Dresden. Das nächste Treffen ist am 26.01.2023 um 18 Uhr in Mittweida (Bürgerbüro DIE LINKE) geplant.

was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten. Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen statt.

In unserer heutigen Ausgabe steht das Januar-Heft 2009 der Linksworte im Mittelpunkt. Aus dem nebenstehenden Titelbild ist zu entnehmen, dass der Protest gegen den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr damals eine gewichtige Rolle spielte. Wir veröffentlichten eine Erklärung der Teilnehmer einer Kundgebung vom 7. Januar 2009 am Bundeswehrstandort Frankenberg. Sie stand unter dem Motto: „Frieden und Demokratie werden nicht mit Militäreinsätzen errungen! Bundeswehr raus, Entwicklungshelfer rein!“.

Das Jahr 2009 startete übrigens - ganz



im Gegensatz zu diesem Jahreswechsel - mit klirrendem Frost. Es stand ganz im Zeichen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Im Editorial schrieben wir damals: „Die LINKE in Mittelsachsen geht in ein neues Jahr. Nach einem ziemlich holprigen Start im Jahr 2008

- vor allem, was das Zusammenwachsen der drei ehemals eigenständigen Kreisverbände betrifft - kann es nur besser werden!“

Das Jahr 2009 stellte den neuen Kreisverband Mittelsachsen vor eine Mammutaufgabe. Anfang Juni standen Euro-

pa- und Kommunalwahlen, Ende August die Landtagswahlen und Ende September die Bundestagswahlen auf der Tagesordnung. Auf der Sitzung des Kreisvorstandes am 5. Januar stand deshalb die Vorbereitung der Kreismitgliederversammlung am 24. Januar in der „Alten Baumwolle“ in Flöha im Mittelpunkt. Dort sollten der/die Kandidat*in der LINKEN für den Bundestagswahlkreis Mittelsachsen und die Kandidat*innen für die fünf mittelsächsischen Wahlkreise (jeweils zwei in Freiberg und Mittweida und einer in Döbeln) bestimmt werden. Dazu mehr im Februar.

Ausgehend von einem Beschluss eines Landesparteitages in Markneukirchen verständigte sich der Kreisvorstand am 5. Januar 2009 auf die Teilnahme an einer Demonstration anlässlich des Jahrestages des Angriffs alliierter Bomberverbände auf Dresden in der Bombennacht vom 13. zum 14. Februar 1945. Das Motto lautete „Den Nazis entgegenzutreten“, denn damals fanden in Dresden alljährlich im Februar die größten Naziaufmärsche in Europa statt.

Die am 8. Juni 2008 neu gewählte Kreistagsfraktion der LINKEN startete mit einer Fraktionssitzung am 14. Januar 2009 in das neue Jahr. Sie diente vor allem der „Selbstfindung“ der Fraktion. Im Mittelpunkt stand die Debatte um den von der Landkreisverwaltung vorgelegten Haushaltsplan des Kreises für das Jahr 2009. Weitere Punkte waren die vom Leiter der „Stabsstelle Extremismusbekämpfung“ des Kreises angesprochenen „linksextremen Tendenzen“ im Raum Geringswalde und Döbeln (das zielte offensichtlich auf den Jugendverband „solid“ der LINKEN) und die Debatte um das Kraftfahrzeug-Kennzeichen, welches der neue Landkreis Mittelsachsen erhalten sollte.



In unserer Serie „mittelsächsische Knüller“ stellten wir unseren Leserinnen und Lesern nach der Döbelner Pferdebahn im November 2008 und der Altpeniger Kirche „Sankt Aegidien“ im Dezember 2008 im Januar 2009 den Miniaturpark „Klein-Erzgebirge“ in Oederan vor, dem ältesten Miniaturpark der Welt. Hier findet man die schönsten Bauwerke des Erzgebirges in detailgetreuer Nachbildung im Maßstab 1:25.



Mehrfach berichteten wir in den „LinksWorten“ über das Ehepaar **RUTH KRETZER-BRAUN** und **JOHANNES KRETZER**. Im Januar 2009 war Ruth Kretzer-Braun Fraktionvorsitzende der LINKEN im Stadtrat Freiberg (diese Funktion übt sie noch heute aus) und Johannes Kretzer stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Kreistag Freiberg. 2008 wurden sie mit dem Bürgerpreis der Stadt Freiberg ausgezeichnet, worüber wir berichteten.

die linksworte im gespräch mit oberbürgermeister VOLKER HOLUSCHA

Volker Holuscha ist der einzige Oberbürgermeister mit dem Parteibuch der LINKEN in Sachsen. Zur Erinnerung: Im Juni 2015 stellte er sich als langjähriger Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat von Flöha der Wahl zum Oberbürgermeister und setzte sich im zweiten Wahlgang mit 42,4 Prozent der Stimmen sensationell gegen Mitbewerber von CDU und AfD durch. Am 12. Juni des vergangenen Jahres stellte er sich erneut zur Wahl. Es fand sich kein Gegenkandidat, was bei der beeindruckenden bürgernahen Amtsführung von Volker Holuscha in den vergangenen sieben Jahren kein Wunder war. Er erhielt 96 Prozent der Stimmen und das Mandat der Bürgerschaft, für weitere sieben Jahre als Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Flöha zu amtieren. Nicht zu vergessen, dass er darüber hinaus im Jahr 2019 für DIE LINKE in den Kreistag gewählt wurde. Volker schreibt regelmäßig für die „LinksWorte“. So schrieb er im Juni des vergangenen Jahres einen Standpunkt unter der Überschrift „Präsident Putin - stoppe diesen Wahnsinn“. Im Juli gab er seinen Artikel den Titel „Ein neuer Landrat mit neuen Ansätzen und großen Herausforderungen“. Er äußerte sich auch zu solchen brisanten Fragen, wie dem bedingungslosen Grundeinkommen, dem neuen Bürgergeld und der vom Bundeskanzler Olaf Scholz verkündeten Zeitenwende, die er als eine „Zeitenwende ohne Plan“ charakterisierte. Zu diesen Fragen, aber auch zu den Schwerpunkten seiner Arbeit als Oberbürgermeister kamen wir mit Volker Holuscha ins Gespräch. Das Interview für die LinksWorte führte Hans Weiske.

LinksWorte: Volker, du begleitest das Amt des Oberbürgermeisters von Flöha seit acht Jahren. Es war eine innen- und außenpolitisch sehr bewegte Zeit. Wie siehst du deine Tätigkeit in dieser Zeit selbst?

VOLKER HOLUSCHA: Es war eine arbeitsreiche, teilweise angespannte, aber auch erfüllende Zeit für mich. Gegenwärtig stelle ich mich weitere sieben Jahre den hohen Anforderungen. Mein Ziel war und ist es, im Rahmen des mir gebotenen Spielraumes als Oberbürgermeister linke Politik zu machen, die immer die Bürgerinnen und Bürger von Flöha im Blick hat. Das Ergebnis der Wahl vom Juni vergangenen Jahres bestätigt mir, dass ich dabei vieles richtig gemacht haben dürfte.



Während unseres Gesprächs am 11. Januar im Rathaus Flöha

LiWo: Mich beeindruckt, dass du dir neben deiner praktischen Arbeit auch viele Gedanken zu den brennenden Fragen unserer bewegten Zeit machst und die auch zu Papier - oder aktueller gesagt - in den Computer bringst. Was inspiriert dich dazu?

V.H.: Auf keinen Fall der Drang, irgendetwas zur Kommunalpolitik theoretisch aufzuarbeiten oder mich mit dem Parteiprogramm oder aktuellen Beschlüssen der LINKEN theoretisch auseinanderzusetzen. Worüber ich mir vertiefte Gedanken mache, resultiert vor allem aus den Gesprächen mit den Menschen hier in Flöha. Das ist so bei meiner Meinung zum künftigen Bürgergeld (siehe dazu den Debattenbeitrag im Okto-

ber, d.R.) und zum bedingungslosen Grundeinkommen. Meines Erachtens wird damit die Wertigkeit der Arbeit relativiert. Ich erinnere mich dabei auch an die in der DDR gern zitierte Losung der Weberin Frieda Hockauf „So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“. Viele Gespräche führte mich auch dazu, über die von Olaf Scholz in seiner Rede zwei Tage nach dem Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine beschworene „Zeitenwende“ nachzudenken.

LiWo: Apropos „Zeitenwende“: Im September haben wir in den LinksWorten deinen Artikel „Zukunftswende ohne Plan“ veröffentlicht. Du hast ihn im gleichen Monat auch auf die Titelseite des Flöhaer Amtsblattes gestellt. Der komplette Stadtrat von Flöha hat sich hinter den Artikel gestellt und dir empfohlen, ihn an das Bundeskanzleramt und informell auch an die sächsische Staatskanzlei zu senden. Was ist daraufhin passiert?

V.H.: Zunächst habe ich meinen Artikel, der wie von dir erwähnt an das Bundeskanzleramt und informell auch an die Staatskanzlei in Dresden gegangen ist, in „Zeitenwende ohne Plan“ umbenannt. Das resultiert übrigens aus einem Hinweis aus dem Stadtrat, für den ich sehr dankbar war. Denn in meinem Beitrag ging es mir um Gedanken genau zu der vom Bundeskanzler angekündigten „Zeitenwende“. Während ich vom sächsischen Ministerpräsidenten eine persönliche Antwort auf das Schreiben erhalten habe, ging aus dem Bundeskanzleramt nicht einmal eine Posteingangsbestätigung ein, ganz zu schweigen von einer Antwort.

LiWo: Wie schätzt du die aktuelle Lage hierzulande ein?

V.H.: Ehrlich gesagt: Obwohl mir in erster Linie das Wohl und Wehe der Bürgerinnen und Bürger meiner Heimatstadt am Herzen liegt, blicke ich mit meinen Erfahrungen als Kreisrat mit noch tieferer Sorge auf die Entwicklung in unserem Landkreis. Wenn es hier keinen „Wumms“ aus Berlin und Dresden gibt, werden die riesigen Löcher, die durch aktuelle Entscheidungen in das Budget gerissen werden, nicht zu stopfen sein. Auch wir als Kommune müssen weiterhin handlungsfähig bleiben. Die Folgen der Inflation, der Preisentwicklung auf den Energiemärkten und der Strom- und Wärmeversorgung werden uns in diesem Jahr begleiten und enorme Mehrausgaben mit sich bringen, dafür müssen im Gegenzug Mehreinnahmen generiert werden. Denn ich habe stets betont, dass nur ein solider Haushalt die Grundlage für eine bürgernahe, stabile und soziale Kommunalpolitik sein kann.

LiWo: Wollen wir unser Gespräch mit einem positiven Grundtenor abschließen. Was kann Flöha vor allem auf der Habenseite verbuchen, was steht an Aufgaben an?

V.H.: Durch unser bereits 2016 begonnenes Energiemanagement konnten bis 2021 die Energieverbräuche an unseren städtischen Gebäuden und Einrichtungen um 40 Prozent reduziert werden. Auch in unsere sich entwickelnde neue Mitte zieht immer mehr Leben ein, es geht zügig voran. Im Rahmen des Bundesförderprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus 2022“ wurden wir für unser Projekt „Neue Mitte Flöha“ ausgezeichnet. Im Oktober durfte ich aus den Händen der Bundesbauministerin Klara Geywitz einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 1,1 Mio Euro entgegennehmen. Diese Summe finanziert einen Großteil der Umsetzung des neuen Marktplatzes in der „Alten Baumwolle“. Wenn ich nach vorn blicke, habe ich vor allem im Auge, dass endlich der 2. Bauabschnitt der Südtrasse um Flöha mit seinen zu erwartenden positiven Auswirkungen auf die innerörtliche Verkehrsbelastung realisiert wird. Und nicht zuletzt wollen wir das Stadtjubiläum „625 Jahre Flöha“ im kommenden Jahr würdig begehen.



Die Große Kreisstadt Flöha erhält mit der „Alten Baumwolle“ eine neue Mitte. Auf dem Gelände der ehemaligen Baumwollspinnerei, in der 1989 etwa 1.200 Menschen beschäftigt waren, entsteht ein komplett neues Stadtzentrum - einmalig in Deutschland! Die Idee zur „Neuen Mitte“ entstand vor 25 Jahren. Das Straßenschild „Am Markt“ ist bereits installiert. Die beiden linken Bilder entstanden vor 14 Jahren, die anderen wurden vor wenigen Tagen aufgenommen. In den Jahren 2012 bis 2014 wurde die ehemalige Shedhalle (links) zu einer hochmodernen Kindertagesstätte mit 370 Plätzen ausgebaut. Im ehemaligen Kontorgebäude (im Hintergrund links) entsteht gegenwärtig das neue Rathaus von Flöha. Im Vordergrund der beiden unteren Bilder der zentral gelegene Oederaner Bau.

Zur reaktivierung von eisenbahnstrecken in mittelsachsen

von HANS WEISKE

1. Vorgeschichte

Seit unserer Ausgabe der LinksWorte vom Juni 2020 berichten wir regelmäßig über den Stand der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken in Mittelsachsen. Auslöser war ein Schreiben der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Caren Lay, an die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta und den Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Gottfried Jubelt.

Im Landkreis Mittelsachsen betrifft das die Reaktivierung der folgenden drei Schieneninfrastrukturprojekte: (siehe dazu auch den nebenstehenden Kartenausschnitt)

- Die Korrektur der im Dezember 2015 erfolgten Stilllegung des Abschnittes von Döbeln über Roßwein und Nossen nach Meißen-Triebischtal auf der ehemaligen Bahnstrecke von Borsdorf nach Coswig als Teil einer Fernverbindung von Leipzig nach Dresden für den Personenverkehr.

- Die Anbindung von Rochlitz an das Eisenbahnnetz. Der Bahnhof Rochlitz war als Eisenbahn-Verkehrsknoten bis 1990 an drei Bahnstrecken angeschlossen. Seit 2001 ist der Zugverkehr komplett eingestellt. In Rochlitz geht es einerseits um die Reaktivierung der Verbindung nach Großbothen und damit den Anschluss an die Linie Borsdorf - Coswig bis Leipzig, andererseits um die Reaktivierung des Abschnitts Narsdorf-Rochlitz der ehemaligen Bahnlinie Penig-Rochlitz. Damit könnte über die Bahnstrecke Chemnitz-Leipzig die Einbindung in das Chemnitzer Modell bzw. über Geithain die Einbindung in die Linie S6 des S-Bahnnetzes Mitteldeutschland um Leipzig und Halle erfolgen.

Am 9. Juli 2020 hatte der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gemeinsam mit der „Allianz pro Schiene“ die Vorschläge zur Reaktivierung von stillgelegten Eisenbahnstrecken in Deutschland aktualisiert und erweitert. In der vom VDV dazu herausgegebenen Broschüre „Auf der Agenda: Reaktivierung von Eisenbahnstrecken“ sind die Strecken Döbeln-Meißen, Rochlitz-Narsdorf und Großbothen-Rochlitz aufgeführt, wie von uns in der August-Ausgabe 2020 berichtet.

Am 15. Oktober 2020 fand beim Oberbürgermeister von Rochlitz, Frank Dehne, eine Beratung mit Caren Lay und Marika Tändler-Walenta zur Anbindung von Rochlitz an das Eisenbahnnetz statt. Kreisrat Jörg Hommel reichte im Landratsamt eine Anfrage zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken im Landkreis Mittelsachsen ein. In seiner Antwort ging Landrat Matthias Damm nur auf die Bahnstrecke Döbeln-Meißen ein und schrieb dazu u.a. „Die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke Döbeln-Meißen mit einer Durchbindung nach Dresden wird durch den Landkreis unterstützt. ... Aus verkehrsfachlicher Perspektive seitens des ZVMS (Zweckverband Verkehrsbund Mittelsachsen) und des Landkreises ist das bestehende Buskonzept verkehrlich aktuell sinnvoller und finanziell wirtschaftlicher als z.B. die Neuaufnahme des Bahnverkehrs nur auf einer Teilstrecke zwischen Döbeln und Roßwein.“ Dazu ist zu vermerken, dass von einer Aufnahme des Bahnverkehrs nur zwischen Döbeln und Roßwein nie die Rede war.

Am 17. August 2021 verkündete Sachsens Verkehrsminister Martin Dulig unter dem Motto „Die Schiene kommt zurück“ eine Offensive des Freistaates Sachsen zur Aktivierung stillgelegter Bahnstrecken. Auf der Grundlage eines Basisgutachtens habe man eine Erstbewertung von 21 potentiell zu aktivierenden sächsischen Eisenbahnstrecken vorgenommen. Abgeleitet von den Ergebnissen des Basisgutachtens würden zunächst sechs Schienenstrecken intensiv und detailliert auf ihre Potenziale untersucht, darunter die Strecken Döbeln-Nossen-Meißen und Großbothen-Rochlitz-Narsdorf (Muldentalbahn). Durch den Beschluss des Doppelhaushaltes des Freistaates Sachsen stünden für Aktivierungsmaßnahmen an Bahnstrecken für 2021/22 Mittel in Höhe von circa 13 Millionen Euro zur Verfügung. Es wurden also Hoffnungen auf eine Rückkehr des Personenverkehrs zwischen Döbeln und Meißen und die Durchbindung nach Dresden sowie den Anschluss von Rochlitz über Narsdorf und Großbothen an das mitteldeutsche S-Bahn-Netz und das Chemnitzer Modell genährt.

Die gegenwärtig nur für den Güterverkehr genutzte Strecke zwischen Döbeln und Meißen ist Bestandteil der Bahnstrecke Borsdorf-Coswig. Streckenbetreiber ist seit April 2016 die Nossen-Riesaer Eisenbahn-Compagnie (NRE). Die Strecke zwischen Döbeln und Nossen gehört in den Verantwortungsbereich des Verkehrsverbundes Mittelsachsen (VMS), die Strecke zwischen Nossen und Meißen-Triebischtal in den des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO).



Ausschnitt aus dem Plan der Schieneninfrastrukturprojekte in Sachsen. Ausgewiesen sind als Planaufgabe die Reaktivierung Döbeln-Meißen und als Studien Potenzialanalysen Großbothen-Rochlitz sowie Rochlitz-Narsdorf.

2. Gegenwärtiger Stand und Ausblick

Im August 2022 schlossen die NRE und das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr einen Vertrag, der die Finanzierung dringend notwendiger Arbeiten am Streckengleis zwischen Nossen und Meißen-Triebischtal beinhaltet. Für den Austausch von etwa 10.000 Betonschwellen werden etwa 3,5 Millionen Euro benötigt, von denen der Freistaat Sachsen die Hälfte übernimmt. Die andere Hälfte soll über ein Förderprogramm des Eisenbahn-Bundesamtes finanziert werden. Obwohl die Investition vorrangig dem Güterverkehr zum Tanklager Rhäsa bei Nossen dient, wird sie seitens des Ministeriums auch als eine erste, vorgezogene Investition in die Wiederaufnahme des Personenverkehrs betrachtet. Die Kosten zur Instandsetzung und Modernisierung der Teilstrecke Döbeln-Meißen als Voraussetzung zur Wiederaufnahme eines planmäßigen Personenverkehrs werden grob mit 17 bis 24 Mio. Euro abgeschätzt. Neben der Erneuerung von Gleisen und Anlagen geht es vor allem um den Ersatz der veralteten mechanischen Stellwerke auf den Bahnhöfen durch elektronische Stellwerke.

Unter Regie der Vorsitzenden der Kreisverbände Mittelsachsen und Meißen der LINKEN, Marika Tändler-Walenta und Uli Köhler, fanden inzwischen zwei „Runde Tische“ statt, an welchen die gegenwärtige Situation thematisiert wurde. Marika Tändler-Walenta hat in ihrer Funktion als Landtagsabgeordnete zwei Kleine Anfragen zur Reaktivierung der Bahnstrecke Döbeln-Nossen-Meißen an die Staatsregierung gestellt. Für die erste ging mit Schreiben vom 9. August eine Antwort aus dem Wirtschaftsministerium ein, für die am 20. Dezember eingereichte zweite Kleine Anfrage steht die Antwort noch aus. Marika Tändler-Walenta fasst den aktuellen Stand mit den Worten „endlich etwas Licht, aber noch viel Schatten“ zusammen. In der Antwort vom 9. August wird vermerkt, dass „bislang noch keine Mittel aus dem Doppelhaushalt 2021/22 für die Reaktivierung der Bahnstrecke Döbeln-Meißen abgefließen sind“. Die Staatsregierung habe für den kommenden Doppelhaushalt 2023/2024 entsprechende Mittel im Regierungsentwurf angemeldet, wobei die Gesamtkosten aufgrund der aktuellen Entwicklungen hinsichtlich Kostensteigerungen bei Baupreisen, Energiekosten, Personalkosten etc. erst nach Abschluss der Vorplanungen seriös abgeschätzt werden können.



Historische Aufnahme des Bahnhofs Döbeln aus dem Jahr 1903. Damals war auf der Frontpassage anstelle des Schriftzuges „Döbeln Hauptbahnhof“ zu lesen „Leipzig-Dresden Chemnitz-Riesa“, d.h. die Städte wurden benannt, in deren Richtung die sich hier kreuzenden Bahnstrecken Borsdorf-Coswig bzw. Chemnitz-Riesa verlaufen. In dem im Sommer 2020 beschlossenen „Strukturstärkungsgesetz Kohlereionen“ ist die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zur Elektrifizierung des Abschnitts Borsdorf-Grimma-Döbeln enthalten. In Zukunft sollen hier Wasserstoffzüge verkehren.

„holodomor“ in der ukraine – ein genozid?

von ACHIM GRUNKE

Im März 2022 gingen schockierende Bilder über die Gräueltaten russischer Soldaten in Butscha, einem Ort nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew, weltweit durch die Medien. Obgleich alle Umstände bis heute nicht restlos aufgeklärt sind, kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um Kriegsverbrechen handelte. Nach allem, was bisher bekannt geworden ist und mittlerweile durch einen Deserteur bestätigt wurde (Frankfurter Rundschau, 19.12.2022), handelten die russischen Soldaten vorwiegend aus eigenem Antrieb. Die vorgesetzten Offiziere nahmen das zumeist billigend hin und schauten weg. Nach der sozialpsychologischen Gewaltforschung gehört es eben zu den Eigendynamiken von Kriegen, dass in deren Verlauf allgemein eine Verrohung und Brutalisierung der Soldaten stattfindet (vgl. Sönke Neitzel/Harald Welzer: Soldaten, S. 83ff).

Genozid als politischer Kampfbegriff

Als der ukrainische Präsident Selenskyj den Ort des Grauens damals besuchte, meinte er, dass die Welt das in Butscha Geschehene als Genozid anerkennen werde und wurde darin von Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko bekräftigt. Diese Ansicht blieb nicht unwidersprochen. Der Strafrechtler Florian Jeßberger von der Humboldt-Universität Berlin gab zu verstehen: „Das Morden in Butscha, Kriegsverbrechen sehr wahrscheinlich ja, doch ein Genozid sehr wahrscheinlich nicht.“ Es sei hierbei wichtig, „zu unterscheiden zwischen dem politischen Begriff des Völkermordes, der in der politischen Auseinandersetzung verwendet wird und dem juristischen Begriff des Völkermordes, der ganz anders konstruiert ist.“ (www.zdf.de/nachrichten/politik/genozid-voelkermord-definition-ukraine-krieg-russland-100.html)

Während sich der politische Begriff ganz allgemein auf massenhafte Tötungen und auf eine große Zahl von Opfern beziehe, bedeute der juristische Begriff, dass hier eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe von Menschen ganz oder teilweise vernichtet werden soll. Und die hier gemeinte Vernichtungsabsicht müsse nachweisbar sein, wenn im juristischen Sinne eine Anklage und Verurteilung erfolgen soll. Der juristische Genozidbegriff geht zurück auf die UNO-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948.

„Holodomor“ in der Geschichtspolitik

In der nationalistisch-patriotisch gefärbten offiziellen ukrainischen Geschichtspolitik nimmt der „Holodomor“ bei der Begründung ukrainischer Identität einen herausragenden Platz ein. Gemeint ist damit die Hungerkatastrophe der 1930er Jahre, die sich im Gefolge der von Stalin verordneten Zwangskollektivierung, der Missernten der Jahre 1931/32 und der Zwangsablieferung von Getreide ereignete. Der Begriff „Holodomor“ tauchte erstmals in den 1960ern auf und setzte sich in den 1980ern durch. Das Wort Holodomor ‚zusammengesetzt aus den zwei ukrainischen Wörtern holod (Hunger) und mor (Tod), heißt wörtlich übersetzt „Hungertod“.

Die Hungerkatastrophe der 1930er Jahre wurde vor allem von jenen Ukrainern thematisiert, die ab 1945 nach Kanada und in die USA geflüchtet waren und oft den faschistisch-nationalistischen Organisationen OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) und ihrem bewaffneten Arm UPA (Ukrainische Aufstandsarmee) nahestanden. Die Ukraine hat sich seit ihrer Unabhängigkeit 1991 um eine internationale

Anerkennung des „Holodomor“ als Völkermord bemüht. Nach der „Orangen Revolution“ 2003/04 gewann der „Holodomor“ in der Ausrichtung der ukrainischen Erinnerungspolitik stark an Bedeutung. Nun hat der Deutsche Bundestag am 30. November 2022 mit der Drucksache 20/4681 beschlossen, dass beim Holodomor aus heutiger Perspektive eine historisch-politische Einordnung als Völkermord nahe liege und der Deutsche Bundestag eine solche Einordnung teile. Dem folgte am 15. Dezember das Europäische Parlament mit der Erklärung, „dass es den Holodomor, die wissentlich und vorsätzlich von der Sowjetmacht herbeigeführte Hungersnot 1932/1933 in der Ukraine, als Völkermord am ukrainischen Volk anerkennt, da er in der Absicht begangen wurde, eine Gruppe von Menschen zu vernichten, und zwar durch die vorsätzliche



Unterwerfung unter Lebensbedingungen mit dem Ziel, ihre körperliche Zerstörung herbeizuführen“.

Ganz sicher ist der beim „Holodomor“, ob nun vorsätzlich oder wissentlich und billigend in Kauf genommene Hungertod von Millionen Menschen ein schweres Verbrechen, aber handelt es sich hierbei wirklich um Völkermord?

Hungerkatastrophe der 1930er Jahre

Die Politik der Zwangskollektivierung und die rigorose Zwangsablieferung von Getreide richtete sich nicht nur gegen die Ukrainer, sondern betraf alle Getreideanbaugelände der damaligen Sowjetunion. Insgesamt wird angenommen, dass bei der Hungerkatastrophe über 9 Millionen Menschen ums Leben kamen, darunter nach Berechnungen der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften, veröffentlicht im November 2008, über 3,5 Millionen in der Ukraine, über 3 Millionen in Russland und 1,5 Millionen in Kasachstan.

Die Kasachen, die in diesen Jahren mit brutaler Gewalt zur Sesshaftigkeit gezwungen wurden, hatten vergleichbare Bevölkerungsverluste wie die Ukraine zu beklagen. Die Mortalitätsrate war hier sogar höher als in der Ukraine, weshalb hier noch eher von Völkermord gesprochen werden könnte, weil ca. ein Drittel der Bevölkerung Kasachstans den Hungertod starb und sich die Maßnahmen gegen die Nomaden richtete. Da sich die Politik der Zwangskollektivierung und die rigorose Zwangsablieferung von Getreide nicht ausschließlich gegen die Ukrainer richtete, kann auch nicht vom Völkermord an den Ukrainern gesprochen werden.

Die Politik der Zwangskollektivierung war für die sowjetische Führung unter Stalin ein Instrument des Klassenkampfes auf dem Dorf, um den Widerstand der wohlhabenderen Bauern zu brechen und wurde unter dem Zeichen der „Liquidierung des Kulakentums“ geführt. Mit Kulaken waren zwar reichere Bauern gemeint, bald wurden damit aber all jene bezeichnet, die sich der Kollektivierung widersetzen. Die Zwangskollektivierung und die „Liquidierung des

Kulakentums“ war kein Spezifikum der Ukraine, sondern geschah in allen Gebieten der Sowjetunion. Diese Maßnahmen richteten sich zwar gegen eine besondere soziale Gruppe von Menschen, die reicheren Bauern, aber eben nicht gegen eine bestimmte Volksgruppe wie die Ukrainer. Die Zwangskollektivierung erwies sich als wirtschaftlicher Fehlschlag, doch konnte der Staat mit Hilfe der Kolchosen die Getreideablieferung effizienter organisieren und so die „unzuverlässigen“ Bauern kontrollieren.

Dass die Zwangskollektivierung und die Zwangseintreibung von Getreide in der Ukraine besonders rigoros und brutal erfolgte, hat wohl auch damit zu tun, dass in der traditionellen „Korkammer Europas“ am meisten herauszupressen war. Dem stand gegenüber, dass bei den ukrainischen Bauern die Traditionen des bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden fester verwurzelt waren als bei den Russen. Deshalb leisteten sie der Zwangskollektivierung besonders heftigen Widerstand, sabotierten die Getreideablieferungen, schlachteten ihr Vieh ab und zerstörten ihr Inventar.

Die überproportionalen Zahlen von ukrainischen Hungertoten und das zeitliche Zusammenfallen mit den „Säuberungsaktionen“ gegen die politische Führung der Ukraine haben zu der These verleitet, dass Stalin mit der Hungersnot die ukrainische Nation dezimieren wollte, um ihren Widerstand zu brechen, dass er also die Hungersnot nicht nur als Folge der Getreiderequisition in Kauf nahm, sondern sie bewusst als Mordwaffe gegen die Ukrainer einsetzte. Dafür spräche, dass die Grenze der Ukraine zu Russland 1933 abgeriegelt wurde, um die Flucht hungernder Bauern zu verhindern.

Doch sei die Hypothese eines von Stalin geplanten Völkermordes bisher nicht nachgewiesen worden, so der österreichische Historiker Andreas Kappeler. Neu erschlossene Archivquellen belegen zwar, dass Stalin gegenüber den Ukrainern, unter denen in jenen Jahren national-kommunistische Strömungen aufgekommen waren, tiefes Misstrauen hegte. Es sei wahrscheinlich, dass er die Gelegenheit nutzte, um sie durch den künstlich herbeigeführten Hunger nachhaltig zu schwächen. Ein Genozid im Sinne einer Ausrottung der Ukrainer war aber nicht intendiert. (A. Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, S. 202)

Holodomor und Holocaust

Heute gilt der „Holodomor“ in der Ukraine offiziell als Genozid und wird der Ermordung der Juden durch die Nationalsozialisten gleichgestellt. Das bleibt im internationalen Diskurs nicht unwidersprochen. Kritik kommt bei einer derartigen Gleichsetzung hierbei nicht nur aus Israel. Jens-Christian Wagner, der Direktor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, erklärte: „Hüten wir uns vor falschen historischen Analogien, hüten wir uns davor, die Opfer der NS-Verbrechen für aktuelle politische Auseinandersetzungen zu instrumentalisieren.“ Der Osteuropa-Historiker Jörg Baberowski lehnt nicht nur entschieden die Einstufung des „Holodomor“ als Völkermord ab, er sieht auch die Gefahr der Relativierung und Entsorgung des Holocaust.

Parlamente sollten es unterlassen, Geschichtswissenschaft unseligen Angedenkens zur Magd politischer Interessen zu machen oder Geschichte politisch zu instrumentalisieren. Wem ist eigentlich geholfen, wenn es in der Betrachtung der ukrainischen Geschichte nur noch eine Wahrheit geben soll, die der politischen Führung in Kiew.

kreisvorstand aktuell

Der Kreisvorstand kam am 11. Januar in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg zu seiner ersten Sitzung im Jahr 2023 zusammen. Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

■ Im Punkt "Aktuelles" informierte die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta über die Kundgebung des Sozialen Bündnisses Mittelsachsen am 5. Januar in Freiberg und über eine am 11. Januar von ihrem Team im Bürgerbüro Döbeln durchgeführte Pressekonferenz zu den vorgesehenen Maßnahmen im Rahmen der Aktion "Die LINKE hilft". Künftig werden in den Bürgerbüros in Döbeln durch Kati Voigt und in Mittweida durch Rebecca Lange Beratungen angeboten, mit denen vor allem Betroffenen der schwierigen sozialen Situation im Lande mit Rat und Tat zur Seite gestanden wird. Weiterhin wurde über den von ver.di initiierten Volksantrag "Ein Frauentag für alle! - der 8. März als Feiertag" informiert, der von der LINKEN Sachsen unterstützt wird. Es wird dazu aufgerufen, Unterschriften zu sammeln und zu leisten. Die offiziellen Vordrucke gibt es in der Kreisgeschäftsstelle und in den Bürgerbüros.

■ Zu Schwerpunkten der Planung des Landesvorstandes war der Landesgeschäftsführer Lars Kleba online zugeschaltet. Er ging zunächst auch auf den Volksantrag zum Frauentag ein. Danach informierte er über die wichtigsten Termine des sächsischen Landesverbandes im Jahr 2023. Das sind der vom Landesparteitag beschlossene Parteikonvent, der am 29. April in Leipzig stattfindet, die linke Sommerakademie des Landesverbandes Ende Juni in Schöneck und die 1. Tagung des 17. Landesparteitages vom 3. bis zum 5. November, auf welcher der Landesvorstand gewählt wird. Im Herbst findet voraussichtlich ein Mitgliederentscheid zur Nominierung der Spitzenkandidat*innen zur Landtagswahl 2024 statt. Sollte die Zahl der Kandidierenden die Zahl der zu Wählenden nicht übersteigen, erübrigt sich der Mitgliederentscheid.

■ Der Kreisvorstand verständigte sich zu den 2023 und 2024 anstehenden Wahlen. In diesem Jahr stehen nur die Bürgermeisterwahlen in Erlau am 11. Juni, in Frankenberg am 3. September sowie in Roßlau und Zettlitz an (Termine noch offen). Die langfristigen Vorbereitungen auf das "Superwahljahr" 2024 beginnen im Mai mit der Benennung des Wahlkampfverantwortlichen des Kreisverbandes. Im Mai findet eine Beratung mit den Vorsitzenden der Ortsverbände statt. Im Juni werden - auf der Grundlage der guten Erfahrungen im vergangenen Jahr - erneut drei Regionalkonferenzen in den Altkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida stattfinden.

■ Im Kreisverband wird eine AG Jugend die Arbeit aufnehmen. Verantwortlich für die Koordinierung ist Attila Grafe.

■ Man informierte sich über den Stand der Vorbereitung des Kreisparteitages am 11. Februar in Siebenlehn.

■ Zum Thema "Reaktivierung der Bahnlinie Döbeln-Nossen-Meißen" hat Marika Tändler-Walenta in ihrer Funktion als Landtagsabgeordnete eine weitere Kleine Anfrage an die Staatsregierung gestellt. Im I. Quartal findet ein weiterer "Runder Tisch" statt.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im Februar 2023 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

GERALD WAMSER	geb. am	01.02.1940,	in	Brand-Erbisdorf
RUDOLF WEHNER	geb. am	01.02.1934,	in	Freiberg
MONIKA SCHMIDT	geb. am	03.03.1943,	in	Rochlitz
GOTTFRIED SCHLEHAHN	geb. am	01.02.1932,	in	Döbeln
ANNEMARIE ZSCHALIG	geb. am	07.02.1940,	in	Rochlitz
DIETMAR PREISSLER	geb. am	09.02.1936,	in	Flöha
ANNELIES MALASCHEWSKI	geb. am	11.02.1942,	in	Mittweida
BRIGITTE SONTOWSKI	geb. am	14.02.1935,	in	Freiberg
BARBARA KEHRER	geb. am	18.02.1941,	in	Frauenstein
GÜNTER SCHULZE	geb. am	20.02.1938,	in	Freiberg
MARGRET NEUMANN	geb. am	20.02.1937,	in	Penig
MARGOT PREISSLER	geb. am	21.02.1937,	in	Flöha
BRIGITTE HÜBLER	geb. am	22.02.1939,	in	Freiberg
PETER BUSCHMANN	geb. am	27.02.1948,	in	Waldheim

Nachträglich gratulieren wir unserem Genossen **KARL-HEINZ MEINIG** (Ortsverband Brand-Erbisdorf) ganz herzlich, der am 22. Januar seinen 75. Geburtstag feiert.

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senior*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im januar 2023

10.01. 1923: Beginn der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen. Die Ruhrbesetzung verschärft die ökonomischen Probleme und politischen Konflikte in Deutschland.

11.01. 1923: Ernst Nolte (deutscher Historiker und Philosoph) geboren.

19.01. 1923: Markus Wolf (Leiter des Auslandsnachrichtendienstes der DDR) geboren.

23.01. 1923: Beginn der Hyperinflation in Deutschland. Die Reichsregierung hatte zum „passiven Widerstand“ gegen die Ruhrbesetzung aufgerufen und finanzierte ihn über die Druckerpresse der Reichsbank.

30.01. 1933: Reichspräsident Paul von Hindenburg ernennt Adolf Hitler zum Reichskanzler. Es folgen zahlreiche Ausnahmegesetze, die es der NSDAP ermöglichen, die Staatsmacht an sich zu reißen und politische Gegner auszuschalten und zu vernichten.

30.01. 1948: „Mahatma“ Gandhi, der Führer der indischen Befreiungsbewegung, wird ermordet.

15.-21. 01. 1963: Der VI. Parteitag der SED verabschiedet ein neues Parteiprogramm und einen Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

22.01. 1963: Unterzeichnung des Élysée-Vertrages.

05.01. 1983: Die Regierungschefs der Staaten des Warschauer Vertrages schlagen in Prag den NATO-Staaten ein Abkommen über Gewaltverzicht vor.

01.01. 1993: Die Regelungen für den Europäischen Binnenmarkt treten in Kraft.

04.01. 1993: Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv nimmt ihre Arbeit auf.

29.-31.01. 1993: 3. Parteitag der PDS: Annahme des Parteiprogramms und einer Erklärung „Zur konsequenten und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Problematik der Staatssicherheit“.

01.01. 2008: Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung tritt in Kraft.

NACH-(DENKENS)-WERTES

Man ist nie zufrieden dort, wo man ist.

Antoine de Saint-Exupéry

Schenken heißt, einem anderen geben, was man am liebsten selbst behalten hätte

Selma Lagerlöf

terminübersicht

januar 2023

- 05.01. 18 Uhr Kundgebung des Sozialen Bündnisses Mittelsachsen zu den erhöhten Energiepreisen
Freiberg, Bebelplatz
- 11.01. 18 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Lange Straße 34
- 20.08. 18 Uhr Kundgebung für Solidarität und Frieden Kriebethal, Goethestraße Höhe Altenpflegeheim
- 26.01. 18 Uhr Treffen des Sozialen Bündnisses Mittelsachsen
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8

februar 2023

- 08.02. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Bürgerbüro Döbeln
Bahnhofstraße 1a
- 11.02. 10:00 Uhr **Kreisparteitag**
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“

online-treff auf discord

von **TOBIAS KRAUSE**

Im Oktober 2021 haben sich jüngere Mitglieder aus Mittelsachsen und Maximilian Lenk aus Chemnitz entschieden einen Discord-Server zu eröffnen, um miteinander im direkten Austausch zu stehen, da dies durch Corona nicht möglich war. Im Dezember 2021 war es dann endlich soweit und es wurden mehr Menschen, die sich jeden Monat über die aktuellen politischen Geschehnisse austauschten. Seit April 2022 sind wir 15 Mitglieder und treffen uns zweimal im Monat zum Austausch.

Aber was genau ist Discord und wie kann jeder teilnehmen? Discord ist eine Online-Plattform, wo man Videocalls abhalten, Nachrichten schreiben und Veranstaltungen planen kann. Zu unserem Server von DIE LINKE Mittelsachsen, kommt man nur über einen Einladungslink, welcher in der Aktiven Gruppe auf Telegram regelmäßig geschickt wird oder über den Inhaber des Discord Servers Tobias Krause (kroschewskitina@gmail.com E-Mail-Adresse von Tobias). Wer der Telegram Gruppe beitreten möchte, kann dies über mich als Admin Tobias Krause (@TobiasKraufTelegram).

Was machen wir auf Discord? Wir tauschen uns über die aktuellen politischen Geschehnisse sowie den Alltag aus. Also kann man den Discord-Server auch eine Stammtischrunde nennen. Mit der Besonderheit, dass alles online stattfindet, um vor allem jüngere Menschen zu erreichen und für DIE LINKE zu begeistern. Denn auch Interessierte finden bei uns einen Platz für einen offenen politischen Austausch.

Wir freuen uns über jeden Neuzugang und jedes neue Themenfeld, dass wir erschließen können, denn die Welt und wir in der Politik entwickeln uns stetig weiter.

linksfraktion fordert mehr geld für kindertagesstätten

Von **PAUL SENF**

Der kürzlich beschlossene Doppelhaushalt 2023/24 ist die in Zahlen gegossene Politik u.a. für die Ausgestaltung der sächsischen Kitas in den nächsten zwei Jahren und deshalb enorm wichtig. Leider erachtete es die Regierungskoalition nicht für nötig bei der Bewältigung der in allen Lebensbereichen gestiegenen Kosten ausreichend zu unterstützen, sondern kürzt sogar bei wichtigen Projekten. Marika Tändler-Walenta hat sich als kitapolitische Sprecherin gerade in dieser schwierigen Zeit von Fachkräftemangel und horrend steigenden Betriebskosten konsequent für die Kindertagesstätten und damit für unsere Jüngsten in Sachsen eingesetzt. In den Änderungsanträgen der Fraktion in diesem Bereich ging es darum den Kitas über 50% mehr Geld zur Verfügung zu stellen als jetzt. Damit versuchte die Linksfraktion eine echte Trendwende in der frühkindlichen Bildung herbeizuführen. Das Geld sollte unter anderem dafür verwendet werden, allen Kindern ein kostenfreies Mittagessen zur Verfügung zu stellen, aber auch die Eltern durch massive Reduzierungen der Elternbeiträge zu entlasten. Doch auch die Qualität der Kitas sollte gesteigert werden. So wurde beantragt die Sprachförderung der Kinder mit der vollständigen Weiterfinanzierung der bestehenden Sprach-Kitas in Sachsen zu erhalten. Außerdem wollte die Linksfraktion die Eltern-Kind-Zentren ausbauen, um mehr niedrigschwellig Unterstützung der Eltern zu ermöglichen. Außerdem ging es Marika und der Fraktion darum die Investitionsmittel für Baumaßnahmen an Kindertageseinrichtungen zu verdreifachen. inklusives Bauen und die explodierenden Baupreise berücksichtigt werden.



Am 11. Januar hat das Team um die Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marika Tändler-Walenta auf einer Pressekonferenz über den Beitrag zur Initiative der LINKEN „DIE LINKE hilft“ vorgestellt. Unter der Überschrift „Beraten.Organisieren.Kämpfen“ ist dazu zu lesen: „Gerade in diesen Zeiten geraten viele Menschen - oft unverschuldet - in schwierige Situationen: Das Jobcenter verlangt die Ausfüllung eines Wusts von Formularen

Linke will durch Bürokratie-Dschungel helfen

In Döbeln und Mittweida werden jetzt wieder Beratungen angeboten. Diese neuen Angebote sind nicht nur für Leistungsbezüger gedacht.

Mittweida - Die Angebote sind auf Menschen der Arbeit los. Alle sollen sie kostenlos und der Beauftragten von Ingeborg Lange, die mit dem Team um die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta arbeiten.

„Unter dem Motto ‚Die Linke hilft‘, wollen der Kreisverband Mittweida in der kommenden Woche soziale Beratungsangebote, die nachfragen durch eine alle drei Grundzüge der Sozialen Arbeit sind: Beratung, Organisation und Kampf.“

Die Linke will mit der Hilfe der Mitarbeiterinnen Ingeborg Lange, Marika Tändler-Walenta, Kati Voigt (Döbeln) und Rebecca Lange (Mittweida) durchgeföhrt. Auch eine telefonische Beratung ist möglich. Dazu haben Kati und Rebecca eine Weiterbildung absolviert.



„Die Linke will mit der Hilfe der Mitarbeiterinnen Ingeborg Lange, Marika Tändler-Walenta, Kati Voigt (Döbeln) und Rebecca Lange (Mittweida) durchgeföhrt. Auch eine telefonische Beratung ist möglich. Dazu haben Kati und Rebecca eine Weiterbildung absolviert.“

Beitrag in Regionalausgaben der „Freie Presse“ vom 12. Januar

bei der Hartz-IV-Antragstellung, der Vermieter erhöht die Miete nach Modernisierung der Wohnung, Allenerziehende kennen ihre Rechte und Ansprüche nicht. Wir wollen den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Die Beratungen werden künftig in den Bürgerbüros in Döbeln und Mittweida stattfinden und durch die Mitarbeiterinnen Kati Voigt (Döbeln) und Rebecca Lange (Mittweida) durchgeföhrt. Auch eine telefonische Beratung ist möglich. Dazu haben Kati und Rebecca eine Weiterbildung absolviert.

Am 22.12.2022 verstarb nach einem langen und erfüllten Leben unser

Genosse HORST HAMMER aus Wechselburg.

Mit ihm verlieren wir einen der Partei bis zuletzt eng verbundenen Kämpfer. Solange es sein Gesundheitszustand erlaubte, beteiligte er sich am Parteileben und zeigte Interesse am gesellschaftlichen Leben. Seine Lebensweise und sein fester Klassenstandpunkt waren für viele Genossinnen und Genossen immer ein Vorbild. Wir werden ihm stets unser ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverband Rochlitz/Geringswalde

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere teuren Verstorbenen

- GISELA WAGNER** Halsbrücke
- CHRISTA AUERBACH** Niederwiesa
- SIEGLINDE WIDERA** Brand-Erbisdorf
- MARTIN ANDERS** Großhartmannsdorf
- GERTRAUDE HEINRICH** Waldheim

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Andenken bewahren.